

„ Hetze“ gegen die Grenzposten

Anklage des Staatsanwalts des Bezirks Potsdam

vom 13. 11. 1961

— 1 8j6! 61 —

*Der Filmvorführer R. P., gehören am 4. 7. 1942, in dieser Sache in U-Haft seit dem j. 10. 19 61 in der UH A Oranienburgs
tvird angeklagt,*

die ideologischen Grundlagen der Arbeiter- und Bauernmacht in der Deutschen Demokratischen Republik angegriffen ~~z~~haben.

Der Beschuldigte hielt sich am 17. 9.1961 besuchsweise in Gröditz auf und hat dort dem Zeugen K. drei Tonbänder verkauft, von denen eines eine Sendung mit übler Hetze gegen unsere Republik und gegen führende Funktionäre unseres Staates enthielt. Diese Tonbänder hat der Beschuldigte bespielt. Darüber hinaus hat er weiterhin staatsgefährdende Hetze betrieben, indem er sich gegenüber dem Zeugen sowie auch anderen Personen mit angeblichen Erlebnissen bei der Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen vom 13. 8.1961 brüstete. Er erzählte, daß die Volkspolizei in einem Kanal in Berlin pVtenschen wie die Hunde abgeschossen haben, daß die Angehörigen der Sicherheitsorgane selbst nicht mit diesen Maßnahmen einverstanden seien und mit weißer Fahne nach West-Berlin überlaufen. Seine Hetze gegen unsere bewaffneten Organe ging so weit, daß er erzählte, ein Oberst der Volkspolizei hätte einen Brief über die Mauern nach West-Berlin geworfen, dessen Inhalt gegen den Vorsitzenden des Staatsrates, *Walter Ulbricht*, gerichtet war.

Vergehen gemäß § 19 Abs. 1 Ziff. 2 StEG.

Die Handlungen des Beschuldigten zeigen, welchen verderblichen Einfluß das ständige Abhören der westberliner und westdeutschen Rundfunksender auf Menschen hat. Obwohl der Beschuldigte durch seinen Stiefvater fortschrittlich erzogen wurde, kam er durch das Abhören westlicher Rundfunksendungen dazu, daß er gegen den Arbeiter- und Bauern-Staat auftrat. Es ist notwendig* daß er begreift, daß alle Sendungen des westberliner und des westdeutschen Rundfunks darauf hinauslaufen, die aggressive Politik der Imperialisten und Revanchisten zu unterstützen. Deshalb treten in unserem Staat immer mehr Menschen auf und fordern, daß in der gegenwärtigen Situation, wo wir unter großen Anstrengungen für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages kämpfen, der feindlichen Hetze entschlossen entgegengetreten werden muß.